

**An die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC
mit der herzlichen Bitte um Stellungnahmen**

Mainz, im September 2009.

Wachstums-Workshop-Vorbereitungsgruppe

Roman Haug, Bruno Kern, Theo Tekaats, Conny Baudisch, Hartwig Daniels, Kris Kunst

Kontakt über Kris Kunst, kriskunst@gmail.com, Tel. 06131 9713888

Thesen und Fragen zum Thema:

“Welche Alternativen haben wir angesichts der Grenzen des Wachstums?“

Liebe Freundinnen und Freunde des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC,

wir haben zum o.g. Thema zwei Workshops durchgeführt:

1. beim Kapitalismus-Kongress in Berlin 6. – 8. März 2009 (ca. 70 TeilnehmerInnen)
2. bei der Sommerakademie in Karlsruhe 5. – 7. August 2009 (ca. 30 TeilnehmerInnen)

Die zentralen Thesen, Fragen und Kontroversen, die sich für uns als Vorbereitungsgruppe hieraus ergeben haben, haben wir gesammelt und unten aufgeführt. Ihr hattet auf dem letzten Ratschlag als Wissenschaftlicher Beirat noch mal explizit darum gebeten, dass man Euch zu Rate ziehen möge – ein attraktives Angebot, das wir hiermit gerne und dankend annehmen: Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns Eure individuellen Stellungnahmen zu unseren Thesen zukommen lassen könntet. Ein abgestimmtes Statement „des“ Wissenschaftlichen Beirats wäre natürlich auch toll, möchten wir aber angesichts des Abstimmungsbedarfs, der in einem solchen Fall bei Euch auftreten würde, nicht unbedingt erwarten. Falls bei Euch selbst kontroverse Positionen zu unserem Papier zu Wort kommen, umso besser: Wir freuen uns über jedes Statement, ob kurz & knackig oder länger & gut belegt.

Eure Stellungnahme könnt Ihr praktischerweise mitsamt eventueller Literaturhinweise und Anmerkungen direkt zu unseren Zeilen hinzufügen, weswegen wir Euch dieses Dokument als Word-Datei zukommen lassen. Damit habt Ihr auch die Möglichkeit, einzelne Sätze einer These zu unterstützen, jedoch anderen Sätzen der gleichen These zu widersprechen.

Ziel unserer Aktivitäten ist es, einen wachstumskritischen Diskurs innerhalb und außerhalb von ATTAC stärker zu etablieren und ggf. konkrete Alternativen zum allgegenwärtigen Wachstumsdogma zu entwickeln. Für unsere weitere Diskussion wäre es hilfreich, wenn Ihr uns Eure Stellungnahme bis zum **Freitag, 23.10.2009** zukommen lassen könntet. Damit wir einschätzen können, was und wie viel wir von Euch an Rücklauf zu erwarten haben, würden wir uns über eine kurze Rückmeldung bis zum **Freitag, 25.09.2009**, freuen.

Wir würden uns dann erlauben, unser Papier mit Euren Stellungnahmen zu einer Dokumentation zusammenzufassen. Diese würden wir wiederum innerhalb von ATTAC sowie an weitere Multiplikatoren außerhalb von ATTAC weiterleiten.

Wir bedanken uns ganz herzlich für Eure Mühe!

Mit solidarischen Grüßen

Die Wachstums-Workshop-Vorbereitungsgruppe aus Mainz

Wachstums-Workshop-Vorbereitungsgruppe (Mitglieder von ATTAC Mainz)

März und August 2009

Thesen und Fragen zum Thema:

“Welche Alternativen haben wir angesichts der Grenzen des Wachstums?”

These 1: Das BIP ist nicht aussagekräftig genug, wir brauchen andere Indikatoren.

Das BIP ist als Maßstab für Wirtschaftsleistung, Wohlstand und Glück nicht geeignet. Eine für den Kapitalismus typische, hauptsächlich auf die Steigerung des BIPs ausgerichtete Wirtschaftspolitik führt nicht nur ökologisch in die sichere Zerstörung, sondern vermag weder das Ziel der Bedürfnisbefriedigung noch gar der Verwirklichung von Glück zu erreichen. Neue Indikatoren können wirtschaftlichen Erfolg eher sinnvoll „messen“: Z.B. BIP-Weiterentwicklungen (wie ISEW, GPI, NWI) zusammen mit Indikatoren wie dem „Ökologischen Fußabdruck“. Glücksmessungen haben separat zu erfolgen. Generell können sich aussagekräftige Indikatoren erst aus dem (politisch neu zu definierenden) Zweck von „Wirtschaft“ ergeben. Dabei wären die Indikatoren für Nachhaltigkeit kein nettes Beiwerk, wie heute, sondern die zentralen Leitplanken für konsequentes Gesundheitschumpfen, an denen sich Wirtschaftspolitik auszurichten hätte.

These 2: BIP-Wachstum bedeutet größere Ressourcenverschwendung. „Qualitatives“ oder „Nachhaltiges“ Wachstum ist ebenso eine Schimäre wie die „saubere Dienstleistungsgesellschaft“.

Das BIP (und sein Wachstum) bildet eine monetäre Größe ab, der Verbrauch von Naturressourcen (und dessen Wachstum) hingegen wird in Mengen- oder Gewichts-Einheiten erfasst. Daraus wird oft abgeleitet, dass beides nichts miteinander zu tun habe und es eine „Entkoppelung“ von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch gebe oder geben könnte (oft umschrieben mit „qualitativem Wachstum“, bei dem allerdings stets vorausgesetzt wird, dass am Ende gesamthaft eben auch „Wachstum“ herauskommen müsse). Diese Möglichkeit der Entkoppelung bestreiten wir: Bislang hat ein wachsendes BIP immer auch einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs bedeutet, denn eine höhere Ressourceneffizienz wurde stets durch Mengeneffekte (über-) kompensiert. Absolut sinkender Ressourcenverbrauch hingegen wurde nur in historischen Ausnahmesituationen erzielt, die sich eben genau dadurch auszeichneten, dass hier das BIP (drastisch) zurückging (u.a. Zusammenbruch Realsozialismus).

Der Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und wachsendem Ressourcenverbrauch wird auch nicht durch den scheinbaren Wandel zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ in Frage gestellt, da

- a) „Dienstleistung“ selbst oft „dreckig“ ist (z.B. Urlaubs-Flugverkehr oder Erlebnisparks) oder
- b) „dreckige Produktion“ in den Wertschöpfungsketten der globalen Arbeitsteilung lediglich in die Statistiken der armen Länder „ausgelagert“ wurde.

- c) Zudem führt zusätzliches Einkommen im Dienstleistungsbereich selbst durch eine „saubere Dienstleistung“ (z.B. Geigenunterricht) ab einem bestimmten Punkt immer auch wieder zu mehr „dreckigem“ Konsum (Beispiel: Geigenlehrerin, die sich ein neues Auto kauft). Das Geld bleibt also im Konsumentenbereich, und der Ressourcen-Konsum wird nur verlagert.

These 3: Die von der etablierten Politik, aber auch einigen sozialen Bewegungen propagierte „ökologische Rettung von Wachstum & heutigem Konsumniveau“ in den Industrieländern ist weder durch Ökostrom, das Elektroauto noch durch eine sog. „Effizienzrevolution“ erreichbar.

Über alle politischen Lager hinweg behaupten Ökonomen und die etablierte Politik, gesellschaftspolitische Probleme ließen sich stets mit einem Mehr an „Wachstum“ lösen, obwohl die Endlichkeit der planetaren Ressourcen unstreitig ist. Um ihre Vorstellung aufrecht erhalten zu können, werden mit Ökostrom, Desertec, CCS, dem Elektroauto und der „Effizienzrevolution“ immer neue „Säue“ zur Gewissensberuhigung durchs „mediale Dorf“ getrieben, die im Grunde genommen suggerieren, wir könnten so weitermachen wie bisher. So sehr wir bestimmte einzelne Maßnahmen befürworten (was nicht für Desertec und CCS gilt), so vehement bestreiten wir, dass sie uns davor bewahren können, unseren „Wachstumskurs“ radikal ändern zu müssen.

Lösung „Regenerative Energien“?

Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist zwar notwendig, er wird jedoch nicht annähernd den Konsum-Verlust kompensieren können, der dadurch entsteht, dass a) fossile Energieträger zu Neige gehen (Öl und Erdgas) oder b) aus Klimaschutzgründen nicht mehr verantwortbar eingesetzt werden können (Kohle).

Nur der kleinste Teil der verbrauchten Energie wird heute für die Stromproduktion überhaupt eingesetzt (weit unter 20%)! Selbst wenn man also den gesamten Strom erneuerbar herstellen würde, wäre dieses nicht annähernd hinreichend zur Aufrechterhaltung des heutigen **Gesamtenergieverbrauchs**. Insbesondere fast der gesamte Transport und ganze energieintensive Wirtschaftsbereiche (z.B. Chemie, Metallindustrie) verbrauchen Energie in anderer Form als Strom. Sie könnten also auch dann nicht annähernd auf heutigem Niveau aufrecht erhalten werden, wenn allgemein der Strom zu 100% aus regenerativen Energiequellen erzeugt würde.

Auch, wo andere Energieträger als Strom aus regenerativen Quellen gewonnen werden (z.B. „Bio-Sprit“), wird sofort deutlich, dass sie in Konkurrenz zur viel wichtigeren Nahrungsmittelproduktion geraten und somit unverantwortlich sind.

Lösung Elektroauto?

Selbst „nur“ den Autoverkehr komplett mit Strom zu betreiben, erscheint uns, wenn überhaupt, dann nur sehr langfristig erreichbar: Sogar die Bundesregierung peilt bis 2020 nur 1 Mio Elektroautos an – insg. haben wir jedoch ca. 45 Mio. Autos alleine in Deutschland. Hinzu kommt: So schwierig es sein wird, bereits die heutigen Stromverbraucher komplett mit Ökostrom zu versorgen, umso schwieriger wird es, darüber hinaus auch noch große Sektoren des Verkehrs (Elektroauto) mit zusätzlich zu produzierendem Strom „mal eben“ mitzuversorgen. Das wissen auch die Lobbyisten der Stromriesen: Schon im Fall der 1 Mio Strom-Autos bis 2020 kündigen Stromkonzerne an, wenn nicht genug Ökostrom für sie erzeugt werden könne, müsse man eben als „Übergangslösung“ zusätzlichen fossil erzeugten Strom oder Atomstrom verwenden!

Lösung Ökostrom?

Selbst, wenn wir nur die unter 20% Stromproduktion am Gesamtenergieverbrauch betrachten: Auch die positive Öko-Bilanz der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen selbst wird stark relativiert durch die Notwendigkeit, große Energie- und Ressourcenmengen in der Herstellung von Windrädern, Photovoltaikanlagen usw. einzusetzen. Hier ist durch das uns zur Verfügung stehende enge Zeitfenster in Frage zu stellen, ob es gelingen kann, unter Aufbringung immenser Finanzmittel und vor allem Ressourcen (Edelmetalle!) und CO₂-Emissionen die gigantischen Anlagenkapazitäten aufzubauen, die dann den Strom z.B. bis 2050 zu 100% produzieren sollen.

Rettung durch „Faktor 4“ oder eine „Effizienzrevolution“?

Um den Klimawandel zu stoppen, ist eine Reduktion der CO₂-Emission um mindestens 90% bis 2050 notwendig (oder nach neuen Zahlen sogar bis 2030, wenn die drohenden klimatischen Rückkoppelungseffekte mit einbezogen werden). Um dieses zu erreichen, bräuchten wir bis 2050 eine Steigerung der Energieproduktivität um den **Faktor 10** gegenüber 1990 – wohlgemerkt: bei unterstelltem Null-Wachstum des BIPs! Schon bei einem bescheidenen BIP-Wachstum von nur 1% p.a. bis 2050 müssten wir bereits unsere Energieproduktivität um den **Faktor 15** explodieren lassen, um den ökologischen Notwendigkeiten entsprechen zu können. Ist das realistisch? Machen Sie sich selbst ein Bild: Faktisch konstatiert das Statistische Bundesamt in den 18 Jahren von 1990 bis 2008 eine Steigerung der Energieproduktivität (BIP pro Einheit Primärenergieverbrauch) von gerade mal 40%, also **Faktor 1,4** – wobei der gesamte Effekt der Modernisierung der Ex-DDR-Ökonomie dort bereits mit eingerechnet ist. Neuere Studien halten weltweite Effizienzsteigerungen von 1990 bis 2100 um einen Faktor 3 für möglich – kaum mehr!

Der Befund ist also eindeutig: Wir müssen uns selbst bei Ausschöpfung all unserer Effizienzpotenziale vom derzeitigen Wachstumspfad schnell und radikal verabschieden.

These 4: Das Gesundschrumpfen der Wirtschaft und die deutliche Verringerung des Konsums sind mindestens in den reichen Ländern unvermeidlich.

Im Hinblick auf die Endlichkeit der Ressourcen zelebrieren wir alle derzeit ein reine „Verschwendungs-Wirtschaft“, die zwingend zum globalen Kollaps führen muss. Die Weltwirtschaft wird durch die Engpässe an Ressourcen und Abfall- und CO₂-Senken wahrscheinlich schon in den nächsten 10 Jahren faktisch gezwungen werden, mit deutlich weniger Energie- und Ressourcenverbrauch auszukommen als bisher. Das bedeutet ein deutliches Schrumpfen der Ökonomien und damit des materiell definierten Lebensstandards gegenüber dem heutigen Niveau, zumindest in der „Ersten Welt“. Wir fragen uns: Welche Strategien und konkreten Alternativen jenseits eines ständigen „Zwangs“ zum Wirtschaftswachstum“ sind angesichts dieser Endlichkeit der Ressourcen denkbar?

These 5: Eine Ökonomie, die zu deutlichem „Gesund schrumpfen“ gezwungen sein wird, um letztendlich einen „nachhaltigen“ Gleichgewichtszustand zu erreichen, stellt Wirtschaftssystem und Politik vor nie gekannte Herausforderungen. Dieser Wandel der Ökonomie wird politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn „soziale Gerechtigkeit“ hergestellt und Reichtum umverteilt wird.

Eine schrumpfende Ökonomie wird keine Spielräume mehr haben, soziale Beteiligung über ein höheres Wirtschaftswachstum sicherzustellen (analog BRD 1950-1972) oder soziale Konflikte wenigstens zu entschärfen (BRD 1973-2008). Im Gegenteil: Die sozialen Kämpfe werden sich angesichts eines schrumpfenden Kuchens in einer Weise zuspitzen, die heute noch kaum vorstellbar ist. Ein vom Markt geprägtes Wirtschaftssystem, das dann darauf beruht, dass sich einzelne Unternehmen für sich selbst möglichst schnell und günstig die knappen Ressourcen unter den Nagel reißen und somit als „Marktsieger“ hervorgehen, erscheint uns vor diesem Hintergrund politisch nicht mehr durchhaltbar: Solche Einzelinteressen wirken sich in einer durch Ressourcenmangel zum Schrumpfen gezwungenen Wirtschaft sofort deutlich negativ auf das Lebensniveau der Bevölkerungsmehrheit aus, die eine solche Orientierung deswegen politisch nicht dauerhaft mittragen wird. Wo Mangel herrscht, muss Gerechtigkeit walten: Nicht von ungefähr wird der Handel mit Lebensmittel-Marken im Krieg (Extremsituation von Mangel und Rationierung) von jedem Staat als „Schwarzmarkt“ verboten und strengstens geahndet.

Wir stehen wahrscheinlich vor folgenden Alternativen: Eine gegen die Bevölkerungsmehrheit durchgesetzte post-kapitalistische Raubtier-Ökonomie in einer „re-feudalisierten“ Gesellschaft („Barbarei“) oder ein halbwegs geordnetes Schrumpfen durch volkswirtschaftlichen Plan bei starker Zurücknahme des Rechts Einzelner, sich natürliche und gesellschaftliche Ressourcen privat anzueignen.

Dissens im Workshop: Während die einen dem Verteilungsmechanismus „Markt“ unter diesen Bedingungen keine Chance mehr geben, meinen die anderen, dass der Markt aufgrund seiner Fähigkeit zur Selbstorganisation ganz oder teilweise weiterhin eine wichtige Rolle spielen kann. Auch ist noch unklar, inwiefern Ressourceneinsparungen ordnungspolitisch direkt durchgesetzt werden müssen oder inwiefern durch Anreizmechanismen wie den Umweltzertifikaten von Franz Groll möglicherweise bessere Lösungen zu erreichen sind.

Konsens im Workshop: Eine Ökonomie unter den Bedingungen schrumpfender Ressourcen ist nur dann halbwegs geordnet zu betreiben, wenn dieses von der Bevölkerung als sozial gerecht empfunden wird. Die Themen soziale Gerechtigkeit und Wertewandel werden gerade unter Schrumpfungsbedingungen eine herausragende Bedeutung bekommen.

Wir fragen uns: Wie viel materieller Reichtum wäre zurzeit mit einem noch verträglichen „Ökologischen Fußabdruck“ eines Einzelnen überhaupt darstellbar? Hier wird deutlich, dass wir neben einer „Dematerialisierung der Bedürfnisbefriedigung“ die übrig bleibenden Produkte und Dienstleistungen einer ökologischen „Konversion“ unterziehen müssen.

These 6: Wir müssen als soziale Bewegung die „Quadratur des Kreises“ bewältigen: Wir brauchen eine Strategie der Nachhaltigkeit mit einem Weniger an Produktion und Konsum, aber mit einem Mehr an Lebenszufriedenheit und Lebensqualität als heute. Bisherige Ansatzpunkte greifen zu kurz, wenn sie nur auf eine gerechtere Verteilung des bestehenden Reichtums zielen, da dieser schon an sich nicht nachhaltig erzielbar ist.

Die Begrenzung der Ressourcen sowie die dramatische „Biosphärenkrise“ könnten in den nächsten 10 Jahren eine herausragende Bedeutung in der politischen Debatte bekommen. Unsere politischen Konzepte sind allesamt darauf zu prüfen, ob sie mit der von uns postulierten schrumpfenden Wirtschaft vereinbar sind oder ob sie nicht doch direkt oder indirekt den alten Wachstumswahn voraussetzen. Dieses gilt für einen "Green New Deal" ebenso wie etwa für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, zumindest sofern beide hauptsächlich damit argumentieren „es sei doch genug da, man müsse nur Investitionen sinnvoller lenken oder den Reichtum gerechter verteilen“.

Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, plausible Lösungen für eine „emanzipatorische Gleichgewichtsökonomie“ zu entwickeln und diese in realisierbaren Schritten des notwendigen Gesundschumpfens politisch durchzusetzen. Eine solche Ökonomie ist mit der bisherigen nur noch schwer vergleichbar, eine historisch neue Art der Herausforderung kommt auf die gesamte Politik und Gesellschaft zu. Ausgangspunkt für eine solche Wirtschaft muss sein, dass prioritär die Grundbedürfnisse Aller befriedigt werden und dass ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit besteht. Erst dann sind Konsumwünsche erfüllbar, die darüber hinausgehen. Eine positive Vision ist dafür nötig, ein solches Szenario politisch durchzusetzen („Mehr Glück und Zeitwohlstand bei weniger materiellem Besitz“). Verzichtsappelle alleine bringen nichts, werden jedoch wohl auch nicht zu vermeiden sein. Diese positive Vision muss ein Mehr an Freiheit und Partizipation und ein Weniger an Angst um den Arbeitsplatz sowie eine materielle Grundsicherung umfassen. Die Frage, was Menschen unabhängig von materiellem Wohlstand glücklich macht und was daraus politisch abzuleiten ist, wird für eine solche Vision und für das Gewinnen der Herzen und Köpfe der Menschen eine zentrale Rolle spielen.

These 7: Das Thema „Bevölkerungspolitik“ wird neu auf die Agenda kommen und muss auch von den sozialen Bewegungen thematisiert werden – in einer Weise, die den emanzipatorischen Grundsätzen treu bleibt.

Dieses Thema haben wir im Workshop nicht diskutiert, erscheint uns als Workshop-Vorbereitungsgruppe jedoch entscheidend, wenn wir „nachhaltiges Wirtschaften weltweit“ wirklich ernst nehmen: Angesichts von absehbar 9-10 Milliarden Menschen Weltbevölkerung mit schnell ansteigenden Konsumansprüchen stellt sich die Frage, wie viele Menschen unser Planet überhaupt nachhaltig ernähren kann, auf dramatische Weise: Alleine die in Sachen „westliches Konsumniveau“ rasant aufholenden Staaten China und Indien haben mit 2,5 Mrd. Menschen mehr als doppelt so viele Einwohner wie die traditionellen Industrieländer der EU-27, die USA, Kanada, Russland und Japan zusammen (1,1 Mrd. Menschen)! Gerade soziale Bewegungen wie wir, die proklamieren, dass alle Menschen weltweit das gleiche Recht auf ein „gutes Leben“ haben, kommen um die Frage, wie vielen Menschen die Erde mit ihren Ressourcen „ein gutes Leben“ bieten kann, nicht herum. Es gibt zwar Modell-Rechnungen, nach denen auch noch 10 Milliarden Menschen „ernährt“ werden

könnten. Aber selbst, wenn das stimmt: Würden wir in dieser Welt, die dann wahrscheinlich kaum noch natürlichen Lebensräume mehr besitzt, leben wollen?

Deswegen wird die Frage, wie Bevölkerungswachstum eingedämmt werden kann oder gar Bevölkerungsschrumpfung gefördert (!) und gemanagt werden kann (demographischer Übergang), ein zentraler Ansatzpunkt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsform sein müssen. Und zwar möglichst auf eine Weise, die die Lebensbedingungen der Kinder nicht verschlechtert. Es sind deshalb sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, wie auf eine nicht-repressive Weise die Menschen davon überzeugt werden können, weniger Kinder zu bekommen. Dieses gilt nicht nur für die industriell aufholenden Länder oder andere Länder der „Dritten Welt“, sondern gerade auch für unsere ressourcenintensiven „alten“ Industrieländer.

These 8: Elemente einer möglichen neuen Wirtschaftsordnung existieren bereits, z.B. als Unternehmen und Projekte der „Solidarischen Ökonomie“. Ihre Prinzipien könnten eine fortschreitende demokratische Transformation zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform begründen, die letztlich ohne ein Wachstum im Sinne des BIPs auskäme.

Die Solidarische Ökonomie (SÖ) formuliert Ziele und Grundsätze, die in demokratischen Prozessen umgesetzt werden und in eine solidarisch geprägte Wirtschaftsorganisation münden: Selbstorganisation, Kooperation, Solidarität, Gemeinwesenorientierung und ökologische Orientierung. Ausgehend von zahllosen schon existierenden Projekten könnten auf allen Ebenen und in praktisch sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen weitere Projekte der Daseinsvorsorge entstehen und sich zu einer „flächendeckenden“ Alternative verdichten. Produktion und Konsum von Energie, Wasser, Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Dienstleistungen, Bildung und Wissen, usw. könnten auf diese Weise organisiert werden. Ein öffentlicher Sektor und soziale Sicherheit wären wesentlich als Kooperativen, Genossenschaften und Vereine organisiert. Für die SÖ ist es charakteristisch, dass sie sich nicht an Wachstum und Rendite, also nicht an den Interessen der Kapitalverwertung, sondern am materiellen und kulturellen Bedarf von Menschen orientiert.

Wachstum – ausgedrückt als Wachstum des BIPs – hat als statistische Kennzahl für die Verwertung von Kapital aus der Interessenperspektive von Investoren und politischen Eliten keinen Bezug zu ethischen und moralischen Werten oder gesellschaftspolitischen Zielen. Deshalb ist „Wachstum“ als Ziel an sich in einer SÖ „systemfremd“. Die in solidarökonomischen Projekten entstehenden Überschüsse verbleiben in den Projekten oder werden, etwa in Form von Rückvergütungen oder Rabatten, Steuern oder Einlagen in Solidaritätsfonds zur Finanzierung weiterer Projekte der SÖ verwendet.

Über die „Solidarische Ökonomie“ hinaus sind in unseren Workshops weitere Elemente einer neuen Wirtschaftsordnung diskutiert worden. So ist z.B. die Notwendigkeit des Umbaus des Geldsystems und der Unternehmensfinanzierung Konsens, allerdings noch nicht, in welche neue Finanzordnung dieser Umbau dann münden könnte (z.B. private oder öffentliche Finanzierung der Wirtschaft?). Selbst nach 40 Jahren „Neue Soziale Bewegungen“: Bei der Diskussion um Alternativen stehen wir noch ziemlich weit am Anfang.